

Datum der Versendung: 13.03.2026

a) Öffentlicher Auftraggeber

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
Abteilung Soziales
Oranienstraße 106
10969 Berlin

b) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
Zentrale Vergabestelle
Oranienstraße 106
10969 Berlin
E-Mail: vergabestelle@senasgiva.berlin.de

Vergabeart

Offenes Verfahren

Ablauf der Angebotsfrist

Datum: 17.04.2026

Uhrzeit: 10:00

Bindefrist endet am: 22.05.2026

c) Zuschlag erteilende Stelle☒ Wie Buchstabe b)

Vergabenummer 2026-III-01-OV	Maßnahmenummer ZVS-Soz-2026
Maßnahme Durchführung der Regie- und Beförderungsleistungen im besonderen Fahrdienst für Menschen mit Behinderung	
Leistung/CPV 60130000-8 Personensonderbeförderung (Straße)	

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Vergabeverfahren gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden gebeten, für die oben angegebene Lieferung / Leistung ein Angebot in deutscher Sprache abzugeben.

Bitte verwenden Sie kein eigenes, sondern ausschließlich das in den Vergabeunterlagen bereitgestellte Angebotsschreiben (Formular Wirt-213). Änderungen oder Ergänzungen in den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen grundsätzlich zum Ausschluss eines Angebots.

Die Auftragsbekanntmachung wurde auf der Vergabeplattform Berlin unter <https://www.berlin.de/vergabeplattform> zu oben genannter Vergabenummer veröffentlicht.

Anlagen:

A) Folgende Unterlagen verbleiben beim Bieter und sind im Vergabeverfahren zu beachten:

- keine-

B) Folgende Unterlagen verbleiben beim Bieter und werden Vertragsbestandteil:

- | | | |
|-------------------------------------|-----------|--|
| ☒ | Wirt-214 | Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue |
| ☒ | | Vertrag |
| ☒ | Wirt-215 | Zusätzliche Vertragsbedingungen / Besondere Vertragsbedingungen |
| ☒ | Wirt-2143 | Besondere Vertragsbedingungen Verhinderung von Benachteiligungen |
| ☒ | Wirt-2144 | Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen |
| ☒ | | Leistungsbeschreibung |

- ☒ Wirt – 124.1 P Hinweise Sanktionen gegen Russland
- ☒ Datenschutzerklärung DSGVO
- ☒ Bewertungsmatrix

C) Folgende Unterlagen sind - soweit erforderlich - ausgefüllt dem Angebot beizufügen:

- ☒ Wirt-124 Erklärungen zu Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen
- ☒ Wirt-213 Angebotsschreiben inkl. Preisblatttabellen im Angebotsschreiben
- ☒ Wirt-2141 Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderverordnung (FFV)
- ☒ Wirt-235 Unteraufträge, Eignungsleihe
- ☒ Wirt-236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer
- ☒ Wirt-238 Bieter- und Bewerbergemeinschaft
- ☒ Wirt-3293 Angaben zur Abfrage des Wettbewerbsregisters
- ☒ Konzept (Bausteine siehe Bewertungsmatrix)
- ☒ Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung. Hier: Genehmigung nach § 49 Personenbeförderungsgesetz
- ☒ Nachweis Einhaltung DIN 75078 Teil 1 und 2 „Kraftfahrzeuge zur Beförderung von mobilitätsbehinderten Personen“
- ☒ Nachweis einer bestehenden, des Berufsfeldes entsprechenden Haftpflichtversicherung und eine unwiderrufliche formlose Eigenerklärung in der zugesichert wird, dass der Versicherungsschutz für die gesamte Vertragslaufzeit (ggf. inkl. Optionen) aufrechterhalten wird.
- ☒ Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit durch Vorlage von Referenzen über vergleichbare Leistungen.
Als vergleichbar gelten Leistungen, die folgende Mindestmerkmale aufweisen:
 1. Durchführung von Leistungen der gewerblichen Personenbeförderung im Linien-, Bedarfs- oder On-Demand-Verkehr,
 2. Einsatz eines organisierten Fahrbetriebs mit Disposition in einer Großstadt mit mindestens 500.000 Einwohnenden,
 3. Vertragslaufzeit von mindestens 12 zusammenhängenden Monaten.Alle drei Kriterien müssen erfüllt sein, damit die Referenz als nachgewiesen gilt. Es sind **mindestens zwei Referenzen** vorzulegen.
- ☒ Eigenerklärung zum Mindestjahresumsatz in Höhe von 10 Mio. Euro im Durchschnitt der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre



Eigenerklärung zum Datenschutz und zur Vertraulichkeit, wenn Unterauftragnehmer beabsichtigt

D) Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen:



Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben

☐ im Namen

☒ im Namen und für Rechnung

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
Abteilung Soziales
Oranienstraße 106
10969 Berlin

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

☒ elektronisch über die Vergabeplattform.

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich in Textform, über die Vergabeplattform. Bieterfragen oder Bieterinformationen im Rahmen der Angebotserstellung sind bitte unverzüglich in oben genannter Form an die Vergabestelle zu übermitteln. Fragen insgesamt können bis zum **10.04.2026** gestellt werden. Eine Beantwortung der Fragen erfolgt in jedem Fall, wenn der Inhalt der entsprechenden Frage Anlass gibt, zwingende Änderungen in den Vergabeunterlagen vorzunehmen. Sollte ein solcher Fall die Verlängerung der Angebotsfrist erforderlich machen, wird diese in angemessenem Verhältnis zur Bedeutung der Frage verlängert. Fragen, die keinen vergaberechtlich begründeten Handlungsbedarf bzgl. der Vergabeunterlagen nach sich ziehen, werden nur beantwortet, soweit es für die Vergabestelle möglich ist, eine Bearbeitung und Beantwortung, sowie Veröffentlichung für die Bieter innerhalb der o.g. Bieterfragefrist zu realisieren, da eine Verlängerung der Angebotsfrist hier nicht in Betracht kommt. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

3 Nachweise, Angaben und Unterlagen

3.1 Folgende Nachweise / Angaben / Unterlagen (einschließlich Modelle, Muster und Proben) sind mit dem Angebot einzureichen:

Siehe unter C)

3.2 Folgende Nachweise / Angaben / Unterlagen (einschließlich Modelle, Muster und Proben) sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

-entfällt-

3.3 Erklärungen und Nachweise zur Eignung sowie des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert der öffentliche Auftraggeber die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung. Ausgenommen hiervon sind Aufträge für soziale und andere besondere Dienstleistungen.

Bewerber oder Bieter können eine bereits bei einer früheren Auftragsvergabe verwendete Einheitliche Europäische Eigenerklärung wiederverwenden, sofern sie bestätigen, dass die darin enthaltenen Informationen weiterhin zutreffend sind.

Der öffentliche Auftraggeber kann bei Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen beizubringen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

Bieter müssen keine entsprechenden Unterlagen beibringen, sofern und soweit die zuschlagerteilende Stelle die Unterlagen über eine für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreie Datenbank innerhalb der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen eines Präqualifikationssystems, erhalten kann oder bereits im Besitz der Unterlagen ist. Ein solches Präqualifikationssystem ist das Amtliche Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge des Landes Berlin (ULV). Hier ist im Angebot lediglich die ULV-Nummer anzugeben. Mit der Aufnahme im ULV gelten die auftragsunabhängigen Einzelnachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit im Grundsatz als erbracht. Die Eintragung bei einer Auftragsberatungsstelle ersetzt nicht die Eintragung im ULV.

Kann ein Bieter aus einem berechtigten Grund die geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom öffentlichen Auftraggeber als geeignet angesehener Unterlagen belegen.

Der Auftraggeber kann verlangen, dass die vorzulegenden Unterlagen vom Bieter zu erläutern sind, insbesondere zur Eignung sowie über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen (siehe auch Formular Wirt-124 EU).

4 Zusatz für Bietergemeinschaften:

Bieter haben mit ihrem Angebot zu erklären, dass im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird (Wirt-238). Die Erklärung ist von allen Mitgliedern abzugeben. Dabei ist der für die Abgabe und den Empfang von Erklärungen im Vergabeverfahren sowie die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter zu bezeichnen.

5 Losweise Vergabe

☒ nein

6 Nebenangebote

- 6.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7 Unterauftragsvergabe

☐ Sollen Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, sind diese Teile mit dem Angebot im Formular Wirt-235 (Unteraufträge/ Eignungsleihe) zu benennen.

☒ Soweit zumutbar, sind die Unterauftragnehmer bereits bei Angebotsabgabe zu benennen.

Weitergehende Hinweise zur Unterauftragsvergabe finden Sie hier:
<https://www.berlin.de/vergabeservice/vergabeleitfaden/hinweise-fuer-bieter/artikel.1259454.php>

8 Zusatz für ausländische Bieter

Das Angebot einschließlich der Anlagen sowie jeglicher Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen.

☐ zugelassen ist auch die folgende Sprache: [Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

Für die Ausführung der Leistung muss der Betrieb des Bieters, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, bei der deutschen für die Arbeiten zuständigen Berufsgenossenschaft angemeldet sein; sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Ist der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von dieser Verpflichtung befreit, so hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.

Darüber hinaus müssen ausländische Bieter die unter Punkt 3 geforderten Erklärungen und Nachweise als gleichwertige Nachweise ihres Herkunftslandes mit dem Angebot vorlegen.

Erklärungen und Nachweise sind grundsätzlich in deutscher Übersetzung vorzulegen.

Bieter mit Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben ein Preisangebot ohne Umsatzsteuer ab. In diesem Fall übernimmt der Auftraggeber die Umsatzsteuerschuld des Auftragnehmers in seiner Umsatzsteuervoranmeldung bzw. Umsatzsteuererklärung (sogenannter „reverse charge“). Soweit in den Angebotsunterlagen die Angabe der Umsatzsteuer verlangt wird, ist der Betrag „0%“ einzufügen.

9 Angebotswertung**Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote:**

Insgesamt können 40 Punkte erreicht werden.

☒ Anzahl Fahrten bei vorgegebenen Budget 30% (maximal 12 Punkte)

☒ Weitere Zuschlagskriterien: Qualität 70% (maximal 28 Punkte - siehe Bewertungsmatrix)

10 Angebotsabgabe

Angebote können ausschließlich abgegeben werden:

☒ elektronisch in Textform.

11 Entscheidung über nicht berücksichtigte Angebote

Die Nichtberücksichtigung bei der Zuschlagserteilung wird dem Bieter unverzüglich mitgeteilt.

Der Auftraggeber unterrichtet unbeschadet der Regelungen des § 134 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung

12 Ökologische und soziale Anforderungen

☐ Es bestehen gesonderte Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG); siehe Vergabeunterlagen.

13 Nachprüfungsbehörde gemäß § 156 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

Vergabekammer des Landes Berlin
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin
Tel: (030) 9013 83 16
Fax: (030) 90 13 76 13
E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de
<http://www.berlin.de/vergabekammer>

Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf Auftragsbekanntmachung und die dort genannten Hinweise und Angaben zu den Fristen verwiesen.